

**Drucksachen der
Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg von Berlin
VII. Wahlperiode**



Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsdrucksachenart: Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsinitiator: Fraktion DIE LINKE.	Drucksachen-Nr: DS/0324/VII Datum: 28.06.2012				
Qualität des Schulessens langfristig sichern					
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th><u>Datum</u></th> <th><u>Gremium / Ergebnis</u></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>28.06.2012</td> <td>BVV BVV-010/VII</td> </tr> </tbody> </table>		<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>	28.06.2012	BVV BVV-010/VII
<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>				
28.06.2012	BVV BVV-010/VII				

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht sich mit allen Berliner Bezirken darauf zu verständigen, die Ausgaben für das Schulessen auf ein Niveau anzuheben, das unter Berücksichtigung von Preissteigerungen langfristig eine qualitativ hochwertige Schulspeisung ermöglicht. Der Senat weist die dafür zusätzlich benötigten Mittel den Bezirken zu. Gleichzeitig möge das Bezirksamt sicherstellen, dass der monatliche Betrag in Höhe von 23 Euro für die Teilnahme am Schulessen durch ergänzende Ausgaben bei der Schulverpflegung nicht steigt.

Begründung:

Die Berliner Caterer sehen sich mit dem Problem konfrontiert für den von den Bezirken ausgeschriebenen Preisen für Schulessen in Höhe von durchschnittlich 2,10 Euro nicht länger qualitativ hochwertiges Schulessen anzubieten, das den geforderten Kriterien entspricht. Die Zahl der Anbieter, die bereit sind für den Preis von 2,10 Euro zu kochen, sinkt bereits dramatisch. Unklar ist, ob die kleinen Anbieter, die bisher nur 5 Prozent des Berliner Schulessens liefern, logistisch in der Lage sein werden die Lücken zu stopfen. Die sieben großen Essenslieferanten, die sich zum Verband der Berliner und Brandenburger Schul-Caterer zusammengeschlossen haben, fordern aus o. g. Gründen eine Erhöhung des Preises für die Schulverpflegung. Da die Qualität des Schulessens unter den Preissteigerungen bei Mindestlohn, Mehrwertsteuer, Energie-, Lebensmittel- und Transportkosten nicht leiden darf, muss der Betrag je Essen erhöht werden.

Initiator: **Fraktion DIE LINKE.** ,